

Nicht Flüchtlinge, sondern Fluchtursachen beseitigen

Mit der Abschottung der EU werden die Situation von Menschen in den Herkunftsländern nicht verbessert und die Zahl potenzieller Flüchtlinge nicht verringert

Fluchtursachen

(Beispiele aus: attac-flyer Juni 2016 "Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört!" und Thomas Gebauer, Hoffen und Sterben, Flucht und Abschottung in Zeiten globaler Krise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Juni 2015)

Neben ethnischen, sozialen und ökonomischen Gegebenheiten in den Heimatländern der Flüchtenden tragen folgende Beispiele zur Verschärfung der Fluchtursachen von Außen bei.

- **Unfaire Freihandelsabkommen**

Europäische bzw. binationale Freihandelsabkommen (EPAs: Economic Partnership Agreements) dürfen nur abgeschlossen werden, wenn sie die ökonomische und soziale Situation der Mehrheit der Bevölkerung und nicht nur von politischen „Eliten“ in den Herkunftsländern verbessern.

- **Landraub - "das Geschäft mit dem Hunger"**

Meist vertraglich mit lokalen und nationalen Eliten abgesichert, nutzt der globale Norden unter dem Diktat neoliberaler Ideologien den Zugriff auf wichtige Ressourcen. Das globale Finanzkapital hat das Land in weniger entwickelten, aber Ressourcen reichen Staaten als Geldanlage entdeckt. Die betrifft vor allem Rohstoffe wie Agrargüter, Edelmetalle, Öl und Gas. Besonders die Landbevölkerung leidet unter den Folgen des Landraubes. Damit stehen immer weniger Agrarfläche für die eigene Ernährung bzw. für lokale Märkte zur Verfügung.

- **Verschärfung des Klimawandels**

Der weiterhin hohe Verbrauch von fossilen Rohstoffen vor allem in den reichen Industrieländern trägt zu klimatischen Veränderungen bei. Darunter leiden immer mehr die armen Länder im Süden. Um die Folgen einzudämmen bedarf es einer stärkeren Förderung erneuerbarer Energien (also z.B. keine Einschränkung bei Solarstrom wie derzeit in Deutschland gefordert) bzw. Reduzierung fossiler Energieformen (also Kehrwende beim derzeitig zunehmenden Abbau von Braunkohle) und intelligenteres Konsum- und Mobilitätsverhalten.

- **Militärische Intervention zur eigenen Rohstoffsicherung**

Hierzu gehört sowohl der unkontrollierte Export von Waffen wie auch die mittel- und unmittelbare militärische Intervention (Unterstützung von „Oppositionellen“ zum Sturz nicht kooperativen Regierungen bis hin zu eigenen Angriffskriegen, wie z.B. in Syrien, Irak, Afghanistan, Sudan, Jemen). (R. Kennedy).

- **Bilaterale Fischereiabkommen**

Vor allem entlang der westafrikanischen Küste hat die EU mit einer Reihe von Ländern Fischereiabkommen geschlossen. Dabei geht es um finanziellen Ausgleich für überlassene Fangrechte. Ausländische bzw. EU-Trawler fischen meist ohne Kontrolle und die Fischbestände sinken. So wird der regionalen Kleinfischerei die Nahrungsquelle entzogen. Bei den Ausgleichszahlungen gehen sie meist leer aus. Tausende westafrikanische Fischer verelenden. Ihnen bleibt nur die Flucht

Notwendige Handlungsfelder

(Auszüge aus: Bundestagsanfrage Die Grünen 18/7046 (auch Gliederung) und Bundestagsanfrage der Linken 18/7039 jeweils Dezember 2015)

1.-Nationale Anstrengungen

- Rüstungsexporte stoppen (Grünen)
- zivile Krisenprävention (Grünen)
- Verpflichtung für Entwicklungszusammenarbeit (0,7% des BSP) durchsetzen (Linke)

- Entwicklungshilfe- und Finanzierungsversprechen einhalten (Grünen)
- Beiträge an das Welternährungsprogramm, an den UNHCR und Entwicklungsprogramm der UN deutlich erhöhen (Linke)
- sich nicht länger an Regimechange-Strategien und NATO-Militärinterventionen beteiligen (Linke)
- den USA nicht weiter erlauben, von Deutschland aus Kriegseinsätze zu führen (Linke)
- regionale Friedenseinsätze stärken (Grüne)
- zivilen Friedensdienst weiter ausbauen und Sonderprogramme für besonders von Fluchtbewegungen betroffene Länder auflegen (Linke)
- Außenpolitik auf eine aktive Friedenspolitik orientieren, nicht völkerrechtswidrige Regime-Change bzw. Sanktionen zu Lasten der Bevölkerung unterstützen (Linke)
- Lage von Frauen verbessern – UN-Resolution (Grünen)

2.-EU-Außenbeziehungen zum Schutz der Bevölkerung bzw. von Minderheiten

- Menschenrechtsschutz, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie konsequent in Außenbeziehungen mit einzubeziehen (Grünen)
- zivilgesellschaftliche Akteure und NGOs stärken (Grünen)
- Change Agents unterstützen (Grünen)
- EU-Beitrittsperspektiven in Südosteuropa wieder aufnehmen (Grünen)
- Integration von Roma fördern (Grünen)

3.-Negative Folgen unseres Wirtschaftens abstellen

- Programme zum Erhalt und Schutz der Umwelt auflegen (Grünen)
- faire Handelspolitik (Grünen)
- innerhalb der EU gegen neoliberale Freihandelsabkommen aussprechen (Linke)
- Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität garantieren (Linke)
- keine Industrialisierung der Landwirtschaft im Sinne der globalen Großkonzerne zu forcieren (Linke)
- wirksame Maßnahmen gegen Landraub etablieren (Linke)
- für ein Verbot von Nahrungsmittelspekulationen einsetzen (Linke)
- unverantwortliche Agrarsubventionen und Exportförderung beenden (Grünen)
- EU-Importverbot von Biomasse für Agrartreibstoffproduktion anstreben (Linke)

- ökologisch- und sozialverträgliche Fischereiabkommen beschließen (Grünen)
- Entwicklungszusammenarbeit auf Frieden ausrichten (Grünen)
- auf UN-Nachhaltigkeits- und Menschenrechte hinwirken (Grünen)
- Steuervermeidung und Steuerflucht der multinationalen Konzerne bekämpfen (Linke)
- Offenlegungspflicht europäischer Unternehmen (Grünen)

4.-Klimaflüchtlinge schützen

- Einhaltung der Klimaziele (Grünen)
- Konkrete Pläne zur Finanzierung des Klimaschutzes (Grünen)
- bereits eingetretene Schäden festschreiben bzw. Reduzieren (Grünen)
- Abbau umweltschädlicher Subventionen (Grünen)
- Klimaschutzgesetz unverzüglich und verbindlich festlegen (Grünen)
- Kohleausstieg einleiten (Grünen)
- Finanzierung von Kohlekraftwerken einstellen (Grünen)

5.-Aufnahme- und Transitländer unterstützen

- menschenwürdige Lösungen finden (Grünen)
- deutsche humanitäre Hilfen erhöhen (Grünen)
- keine Abschottung finanzieren (Grünen)
- Resettlement fördern und sichere Fluchtwege ausweisen (Grünen)
- Erstaufnahmeländer unterstützen (Grünen)

6.-multilaterale Kooperation bei der Festlegung globaler Maßnahmen stärken

- Vorgaben der Vereinten Nationen übernehmen (Grünen)
- kohärente UN-Politik erarbeiten (Grünen)
- UN finanziell besser Ausstatten (Grünen)
- sozialverträgliche Handelsabkommen (Grünen)

7.-legale Fluchtwege und Migrationsmöglichkeiten schaffen

- Arbeitsmigration neu gestalten (Grünen)
- Einwanderungsrecht als zukünftige Chance gestalten (Grünen)

- Asylbewerbern und Geduldeten Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen (Grünen)

5

- menschenrechte gewährende Konzepte innerhalb der EU einsetzen und auf Förderung geregelter Migration und Mobilität ausrichten (Grünen)